

---

**Psychologische und therapeutische Hilfe für geflüchtete Menschen:  
Zugang muss verbessert werden**  
– Psychosoziale Zentren decken nur Bruchteil des Bedarfs –  
– Diskriminierungsfreier Zugang zum Gesundheitssystem für Geflüchtete –

**27.01.2025 Der Messeranschlag in Aschaffenburg durch einen psychisch kranken Angreifer hat erneut auf dramatische Weise deutlich gemacht, wie dringend geflüchtete Menschen Zugang zu einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung benötigen. Die Versorgungslage in Deutschland ist jedoch mangelhaft. In den allgemeinen Systemen der Gesundheitsvorsorge werden nur 6% der Schutzsuchenden mit entsprechendem psychologischem und therapeutischem Bedarf versorgt.**

Das Team des psychosozialen Zentrums im Haus Mondial, das zum Bonner Caritasverband gehört, ist sich einig: „Wir hoffen, dass die Opfer der schrecklichen Tat und deren Angehörige in dieser schwierigen Situation jede mögliche Unterstützung erhalten, die sie benötigen.“

Die Arbeit der psychosozialen Zentren (PSZ) trägt wesentlich zu gelungener Integration, zur Abwendung von Gefährdungslagen und einem friedlichen Miteinander bei. Die Zentren unterstützen mit multiprofessionellen Teams geflüchtete Menschen mit psychischen Belastungen und Erkrankungen und sind für traumatisierte Geflüchtete eine der wenigen Zugangsmöglichkeiten zu dringend notwendiger Beratung und Behandlung. „Der Caritas ist es wichtig, dass geflüchtete, traumatisierte Menschen die Hilfe und Unterstützung finden, die sie benötigen“, betont Caritasdirektor Jean-Pierre Schneider.

Die Mitarbeitenden sehen es täglich in ihrer Arbeit: Belastungen und Traumatisierungen entstehen nicht nur durch Erlebtes im Heimatland und auf der Flucht, sondern auch durch die neue Lebenssituation in Deutschland. Dazu gehören die Unterbringung in Sammelunterkünften, Rassismus und Diskriminierung, zermürende Wartezeiten auf Asylbescheide und Beschäftigungsverbote.

„Der Vorfall darf nicht politisch instrumentalisiert werden“, betont Hanna Drucks, Psychologin im SPZ des Haus Mondial. Statt geflüchtete und psychisch kranke Menschen pauschal als Gefahr zu brandmarken, fordern sie und ihre Kolleg\*innen eine Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen und eine Verbesserung der Versorgungssituation für *alle* Menschen in psychischen Krisen. Geflüchtete Menschen brauchen endlich einen diskriminierungsfreien Zugang zum Gesundheitssystem.

## Hintergrund

*In Deutschland ist es für gesetzlich versicherte Menschen generell schwierig, Therapieplätze zu finden, ohne ausreichende Deutschkenntnisse wird es im Regelversorgungssystem fast unmöglich gemacht. Nur sehr wenig Therapeut\*innen und Ärzt\*innen arbeiten mit Sprachmittlung, die Kosten dafür werden selten*

# Presse Info



*übernommen. Hinzu kommt, dass für geflüchtete Menschen in den ersten 36 Monaten nach Ankunft in Deutschland nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nur bei „akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen“ Kosten für eine Behandlung übernommen werden. Kosten für längere stationäre Aufenthalte und Psychotherapie fallen häufig nicht darunter. Das führt dazu, dass Menschen in Krisen oft abgewiesen oder nur kurzzeitig und unzureichend behandelt werden. Unter anderem durch die EU-Aufnahmeregelung (Artikel 19 der EU-Ausnahmerichtlinie 2013/33/EU), wäre Deutschland verpflichtet, psychisch erkrankte Geflüchtete, die zu der Gruppe besonders vulnerabler Schutzsuchender gehören, angemessen zu versorgen.*